

Schwerin, 28. September 2026

Strategiepapier

für ein Ministerium für Landesentwicklung, Infrastruktur und Bau in Mecklenburg-Vorpommern

Investitionen strategisch für die Zukunft des Landes nutzen

Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer historischen Investitions- und Entwicklungsaufgabe. Mit dem **MV-Plan 2035** und den aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes verfügbaren Mitteln eröffnen sich für unser Land in den kommenden 10 bis 20 Jahren finanzielle Möglichkeiten in bislang nicht gekannter Größenordnung.

Allein die direkt landesbezogenen Investitionen von **1,92 Mrd. €** bedeuten ein **zusätzliches** jährliches Umsetzungsvolumen von mehr als 200 Mio. €. Weitere Mittel aus bundesbezogenen Zuständigkeiten und dem Klimatransformationsfonds in ähnlicher Höhe kommen hinzu.

Diese Mittel sind weit mehr als ein Konjunkturprogramm. Sie bieten die Chance, die **räumliche, wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns nachhaltig zu gestalten**.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Modernisierung und dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – von Schulen, Krankenhäusern und Verwaltungsgebäuden über Verkehr, Energie und Digitalisierung bis hin zu Maßnahmen für Klimaschutz und Krisenresilienz.

Die Herausforderung: Investitionen nicht isoliert betrachten

Die für diese Landesentwicklung relevanten Zuständigkeiten waren bisher auf mehrere Ressorts verteilt. Raumordnung, Verkehr, Energie und Infrastruktur lagen ebenso wie Städtebau, Wohnen, Bau, Klimaschutz, ländliche Räume oder Staatshochbau bisher in unterschiedlichen Verantwortungsbereichen.

Diese fachliche Aufteilung ist für die Bearbeitung einzelner Aufgaben sinnvoll. Für eine **strategische Gesamtentwicklung des Landes** stößt sie jedoch an Grenzen.

Denn die entscheidende Frage lautet nicht allein:

Was muss jeweils investiert werden?

Sondern:

Wie können wir mit jeder Investition gleichzeitig möglichst viele Entwicklungsziele des Landes erreichen?

Ein Schulgebäude schafft beispielsweise nicht nur Bildungsinfrastruktur. Es kann zugleich ein zentraler Ort für einen ländlichen Raum sein, Mobilität und Nahversorgung stärken, städtebauliche Impulse setzen und durch eine nachhaltige Bauweise zur Klimaneutralität beitragen.

Solche Mehrfachnutzen entstehen jedoch nicht automatisch. Sie müssen **frühzeitig erkannt, planerisch zusammengeführt und politisch gewollt** werden - **denn das Ganze ist immer mehr als die Summe seiner Teile!**

Die anstehenden Investitionen sollten deshalb konsequent mit mittel- und langfristigen Entwicklungszielen des Landes verknüpft werden.

Dazu gehören insbesondere:

- **Klimaneutralität sowie Energie- und Versorgungssicherheit bis 2045,**
- **Stärkung regionaler und kleinteiliger Wirtschaftsstrukturen,**
- **Abbau der Entwicklungsdisparitäten** zwischen Stadt und Land, Ost und West sowie Küste und Inland,
- **Stärkung der Zentralen Orte** als Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- **Aufbau langfristig stabiler Mobilitäts-, Energie-, Digital- und Versorgungsnetze,**
- nachhaltige und resiliente Entwicklung der öffentlichen Gebäude und Infrastrukturen.

Damit wird aus einer Vielzahl einzelner Investitionsentscheidungen eine **strategische Investitionspolitik für das gesamte Land.**

Deshalb: Ein Ministerium für Landesentwicklung, Infrastruktur und Bau

Wir schlagen daher vor, im Zuge der Bildung der neuen Landesregierung ein **Ministerium für Landesentwicklung, Infrastruktur und Bau** einzurichten.

Dort sollten die wesentlichen Kompetenzen für die räumliche und bauliche Entwicklung des Landes gebündelt und strategisch koordiniert werden:

- Landesentwicklung und Raumordnung
- Infrastruktur, Energie und Verkehr
- Städtebau, Wohnen und Bau
- Klimaschutz und Entwicklung ländlicher Räume
- Staatshochbau (Landes- und Bundesbau)
- zentrale Koordinierung und Abwicklung von Fördermitteln

Eine solche Bündelung würde ermöglichen, die erheblichen Investitionsmittel nicht nur effizient einzusetzen, sondern sie gezielt als strategisches Instrument für eine nachhaltige, ausgewogene und zukunftsfähige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zu nutzen.



Christoph Meyn
Präsident der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern



Dr. Gesa Haroske
Präsidentin der Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern

Mitgezeichnet:

Claus Sesselmann
Vorsitzender BDA Bund Deutscher Architektinnen und Architekten

Carola Morgenstern
Vorsitzende Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Florian Winter
Vorsitzender Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung für Stadt-,
Regional- und Landesplanung e. V.

Max Guse
Sprecher beim Ingenieurrat Mecklenburg-Vorpommern

Thomas Maync
Präsident Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.



VEREINIGUNG
FÜR STADT-,
REGIONAL- UND
LANDESPLANUNG

